



Anmoderation:

Chronologie der Ereignisse:

- **Schließung der Notaufnahmen:** Am 1.10.2022 wurden die orthopädische und unfallchirurgische Notaufnahme in Lemgo trotz erheblicher Proteste geschlossen.
- **Begründungen:** Die damalige Klinikleitung und der Aufsichtsrat führten betriebswirtschaftliche Gründe an.
 - Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt werden die Verträge für die Vier-Sterne-Nobelstation in Detmold unterzeichnet.
 - Nach unseren Informationen hat nur die Innenausstattung dieser Station 17 Mio. Euro gekostet – zum Vergleich: Der Neubau eines 70 Betten-Hauses der Uni-Klinik Freiburg in diesem Jahr hat 34 Mio. nsgesamt gekostet (Rohbau mit Innenausstattung)
- **Folgen der Schließung:** Rund 75.000 Menschen sind seit dem von einer schlechteren medizinischen Versorgung betroffen.
- **Konsequenzen aus der Schließung** der chirurgischen Notaufnahme in Lemgo laut Kliniktool – einem offiziellen Planungstool: Über 11.000 Lipperinnen und Lipper erreichen das nächste Klinikum zusätzlich nicht mehr innerhalb der bundesweit vorgesehenen 30 Minuten vom Unfallort bis zum Klinikum.
- **Rechtliche Vorgaben:** In NRW gilt sogar eine 20-Minuten-Vorgabe, die nicht beachtet wurde.

- **Krankenhausplanung:** Die Notaufnahme war nach unserem Informationsstand Bestandteil der damaligen Krankenhausplanung NRW – warum wurde dies ignoriert?
- **Aussagen des Landrats:** Er betonte, längere Fahrzeiten seien unproblematisch, da die Versorgung bereits im Rettungswagen beginne – was jedoch nicht für alle Notfälle gilt.
- **Beispiel Polytrauma:** Das können schwere Verkehrsunfälle sein mit inneren Verletzungen, bei denen eine schnelle Diagnostik und die Einleitung einer Behandlung im Schockraum des Klinikums notwendig ist, die im Rettungswagen nicht geleistet werden kann. Als Beispiel ein stumpfes Bauchtrauma (mit einer Milzverletzung mit weiteren inneren Verletzungen und Blutungen) plus Knochenbrüchen.

Beispiele für Folgewirkungen der Schließung:

- Schüler- und Arbeitsunfälle aus dem lippischen Norden müssen nun nach Detmold gefahren werden.
- Patienten, die nachts im Klinikum Lemgo verunglücken/aus ihrem Bett fallen und sich dabei verletzen, müssen nach Detmold transportiert und zurückgebracht werden.
- Arbeitsunfälle von Krankenhausbeschäftigten betreffen dies ebenfalls.
- Ältere Menschen, z.B. aus Varenholz, haben enorme Schwierigkeiten bei mangelnder Mobilität Angehörige im Klinikum zu besuchen
- Und wer trägt eigentlich die Kosten für die vermehrten Krankentransporte und die längeren Wegstrecken?

All diese Menschen leiden unter einer rein betriebswirtschaftlich getroffenen Klinikentscheidung!

Die Gegenwart und der heutige Stand:



Im Kommunalwahlkampf war das Klinikum Thema auf Wahlplakaten der FDP und CDU.

- **Dazu der Tenor vieler Politikeraussagen Lippes:**
 - wir sind doch inhaltlich gar nicht weit auseinander
 - auch ich bin für eine 24/7 Notfallambulanz
 - ich spreche mich auch für einen Klinikstandort Lemgo mit einer Grundversorgung aus ...
- **Das hört sich für den Bürger, der nicht in der Tiefe im Thema ist alles gut an, ist aber eigentlich eine inhaltliche „Luftnummer“ weil die Aussagen zum einen gar nicht definiert sind, was damit eigentlich genau gemeint ist, und darum sehr weit von den Forderungen des Bürgerbegehren entfernt sind.**
- **Wenn so viele Politiker doch augenscheinlich das gleiche wollen wie im Bürgerbegehren gefordert, warum bemüht man dann ein Rechtsgutachten, mit dem versucht wird zu begründen, dass unser Bürgerbegehren angeblich rechtlich unzulässig sei?**

Das Bürgerbegehren und politische Reaktionen:

Der Kreis Lippe, als Träger der Klinikum Lippe GmbH soll sicherstellen, dass das Klinikum Lippe weiterhin in seiner alleinigen öffentlichen Trägerschaft bestehen bleibt und der Standort Lemgo

als stationäres Klinikum der Grundversorgung mit einer 24/7 Basisnotfallversorgung betrieben wird.

Die **Basis-Notfallversorgung** bedeutet:

- Krankenhaus muss bestimmte Fachabteilungen vorhalten: Innere Medizin und Chirurgie / Unfallchirurgie.
- Eine Intensivstation mit mindestens 6 Betten muss vorhanden sein.
- Es muss eine Zentrale Notaufnahme (ZNA) existieren, die überwiegend alle Notfälle aufnimmt.
- Fachärztliche Versorgung: Ein Facharzt muss innerhalb maximal 30 Minuten am Patienten sein, bei Bedarf auch Anästhesist.
- Die Notaufnahme muss so strukturiert sein, dass nach der Aufnahme eines Notfallpatienten innerhalb 10 Minuten eine Ersteinschätzung der Dringlichkeit („Behandlungspriorität“) erfolgt.
- Diese Mindestanforderungen müssen rund um die Uhr erfüllt sein (24/7).

Gesetzestext zum Bürgerbegehren/auszugsweise:

(2) Das Bürgerbegehren muss in Textform eingereicht werden und die zur Entscheidung zu bringende Frage sowie eine Begründung enthalten.

Es muss bis zu drei Bürger der zum Kreis gehörenden Gemeinden benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten (Vertretungsberechtigte).

Die Kostenschätzung der Verwaltung ist bei der Sammlung der Unterschriften nach Absatz 4 anzugeben. Der Antrag ist in der gemäß § 22 Absatz 4 vorgeschriebenen Form einschließlich der zur Entscheidung zu bringende Frage, der Begründung sowie der anzugebenden Kostenschätzung vorzulegen und von den Vertretungsberechtigten sowie mindestens 25 Bürgern zu unterzeichnen.

Obwohl doch nach vielen Politikeraussagen zwischen Ihnen und unserer Forderung weitest gehender Konsens besteht, wird ein

Rechtsgutachten bemüht, um das Bürgerbegehren als unzulässig zu erklären.

Fazit und konkrete Forderungen:

Jetzt wird wieder einmal versucht die Unterschriften von 14.000 Bürgerinnen und Bürgern unter den Tisch fallen zu lassen. Das ist in der lippischen Geschichte des Bürgerbegehrens nicht das erste Mal. So funktioniert die Demokratie aber nicht - so arbeitet man an der Zerstörung, weil die Glaubwürdigkeit der Bevölkerung mit solch einem Vorgehen massiv untergraben wird. Statt die große Chance mit dem Auftrag von 14.000 Unterschriften zu nutzen, um für die Umsetzung des Bürgerbegehrens zu kämpfen, landen die Meinungen im Müll. Das kann und darf nicht der politische Weg im 21sten Jahrhundert sein.

Ich selbst war mal Mitglied der Partei, die in den 70er Jahren einen Bundeskanzler gestellt hatte, der die Vision hatte, mehr Demokratie zu wagen. Wollen sie wirklich, dass 50 Jahre danach dieser lokale Versuch von demokratischer Mitverantwortung so kläglich an Ihnen scheitert?

Wir fordern eine Rückkehr zur sachlichen Debatte und die Umsetzung des Bürgerbegehrens, getragen vom Willen von 14.000 Unterzeichnenden.

Nutzen wir den Rückenwind dieser Bewegung, um die medizinische Versorgung in Lemgo wieder zu verbessern.

Schlusswort:

„Demokratie lebt vom Mitmachen und vom Ernstnehmen der Bürgerstimmen. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen und die bessere medizinische Versorgung im lippischen Norden wiederherstellen.“

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass die Qualität der medizinischen Versorgung nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängt und nicht davon, wo ich wohne und lebe.

Haben Sie den Mut, diesen Weg mit uns und den lippischen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam zugehen.

Diese Chance bietet sich hier und heute an diesem Ort in diesen Saal!!

Da ich wegen äußerer Umstände teilweise vom Redemanuskript abgewichen bin, gilt das gesprochen Wort.

Walter Brinkmann